

# Arbeitnehmerumfrage 2023

---

## Teil 3: Resümee und Forderungen

**Ansprechpartner:**

Klaus Öttinger, stellv. Diözesanvorsitzender

Alexander Kolbow, geschäftsführender Diözesansekretär

# Unser Resümee:

---

# Resümee:

In drei Fachgesprächen haben wir die Ergebnisse unserer Umfrage einer Realitätsprüfung unterzogen. Gesprächspartner waren

- Expertengespräch 1: Externe Gesprächspartner\*innen
- Expertengespräch 2: Rechtsberater der KAB
- Expertengespräch 3: Katholische und evangelische Betriebsseelsorge

Hierbei wurde deutlich, dass sich die Umfrageschwerpunkte in den Bereichen Fachkräftemangel, Lebenssituation und Veränderung des Lebensumfelds, Digitalisierung, Mobiles Arbeiten und Home Office und Altersvorsorge / -versorgung bestätigt haben.

# Unsere Forderungen:

---

# Forderung 1

**Dem Fachkräftemangel ist durch entsprechende politische Maßnahmen entgegen zu wirken.**

**Dazu gehören:**

- Zum Abbau des Fachkräftemangels muss ein praxisgerechtes Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht werden bzw. das Fachkräfteeinwanderungsgesetz modifiziert werden. Dies sollte auch die vorhandenen Migrant\*innen berücksichtigen und weitere Zuwanderung durch Arbeits- und Fachkräften regeln. Das aktuelle Hindernis hier ist die unsichere Situation von Asylbewerbern / Geflüchteten, die arbeiten wollen, aber wegen mangelnder gesicherter Bleibeperspektive nicht dürfen, sowie die bereits Beschäftigten, die engsten und widersinnigen Regularien unterliegen. Auf der anderen Seite werden ausländische Facharbeiter\*innen angeworben.
- Ein praxisnahes Schulsystem, eine an praktischen Bedürfnissen ausgerichtete Berufsausbildung und praxisbezogene Studiengänge sind durch eine ganzheitliche Reform des Bildungswesens anzustreben, die sicher stellt, dass die vorhandenen Talente besser gefördert und ein qualifizierter Schul-, Berufs- und Studienabschluss für möglichst alle jungen Menschen erreicht wird.

# Forderung 1

- Es können nicht alle in ihrem erlernten Beruf bis zur Rente arbeiten. Dies führt bisher zu Rentenkürzungen. Daher fordern wir eine Präventivberatung für Arbeitnehmer\*innen, besonders in körperlich und mental belastenden Berufen. Hierbei soll geklärt werden, in welchem Umfang und in welchem Tätigkeitsbereich ältere Arbeitnehmer\*innen eingesetzt werden wollen und können. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, länger zu arbeiten. Die Aspekte Lohndifferenz und Familieneinkommen sollten hierbei berücksichtigt werden.

# Forderung 2

**Das Arbeitsrecht muss auf Bundes- und Landesebene reformiert werden.**

- Wir fordern ein zeitgemäßes, zusammenfassendes Arbeitsgesetzbuch mit allen Regelungen der bisher verschiedenen Gesetzbücher.
- Im Kündigungsschutzgesetz soll die Grenze der Mitarbeiter\*innen von unter 10 Personen auf unter 5 Personen im jeweiligen Betrieb reduziert werden.
- Zeitnahe Novellierung des Arbeitszeitgesetzes zur Umsetzung des EuGH-Urteils.
- Günstigere Verteilung der Beweislast bei Nachweis von Überstunden, gerade in kleinen Betrieben, die nicht unter das Kündigungsschutzgesetz fallen.
- Verbesserung der Mitbestimmung in Betriebsverfassungsgesetz
- Bayer. Personalvertretungsgesetz muss dahingehend verbessert werden , dass mehr Anspruch auf Schulung besteht. Nicht einmal 5 Tage sondern jährl. 5 Tage für die Dauer der Wahlperiode.
- Generell soll in Bayern Bildungszeit für AN\*innen eingeführt werden.

# Forderung 3

**Die Politik muss die Defizite und Fehlentwicklungen bei der Betreuung von Kindern und der Pflege von pflegebedürftigen Personen jeglichen Alters dringend korrigieren.**

- Durch die prekäre Situation in den Pflegeberufen und dem damit verbundenen Fachkräftemangel, speziell der Altenpflege, ergibt sich in Zukunft eine zusätzliche Problematik, wenn alte Menschen wieder vermehrt zuhause gepflegt werden müssen. Dies wird zu einem weiteren Hemmnis für die Gleichstellung der Frau und ist teilweise von der Entwicklung erkennbar. Die Vereinbarkeit von Familie / Kind und Beruf ist jetzt schon ein großes Problem. Frauen leisten den Großteil der Care Arbeit und tragen daher den großen Teil der Lasten und Nachteile. Um die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt zu erreichen erfordert es ein grundsätzliches Umdenken in Gesellschaft und Politik. Hier ist aus mehreren Gründen akuter politischer Handlungsbedarf!
- Wir fordern eine Verbesserung der Vereinbarkeit „Pflege und Erwerbstätigkeit“ z.B. durch Job- Auszeiten analog der Mutterschutzfrist oder dem Sabbatical.
- Unserer Meinung nach wäre der Einsatz geschulter „Pflege- oder Soziallotsen“ in Unternehmen und Kommunen, wo Mitarbeitende und Bürger\*innen wichtige Informationen einholen und kurzfristig Hilfe erhalten können ein wichtiger Schritt für ein gute Lösung. Darüber hinaus fordern wir für Kommunen die Einführung von Gemeindeschwestern / Community Health Nurse / Gute-Pflege-Lotsen.

# Forderung 3

- Wir sind der Überzeugung, dass „Wohnen für Hilfe“ eine Ergänzung darstellt und weiter politisch gefördert werden muss. Hier können z.B. Studierende oder andere jüngere Wohnungssuchende bei Senioren - gegen Zusage von Hilfstätigkeiten - günstig wohnen (Win/Win Situation).
- Die Politik, speziell die Gesundheitspolitik, darf sich nicht durch Lobbygruppen (wie z.B. die Ärztekammer) beeinflussen lassen. Die jungen AN\*innen haben nichts zu melden und leiden unter der Fehlentwicklung im Gesundheitswesen. Überforderung, Frust und Burnout sind die Folge. „Es ist nicht auszuhalten!“

# Forderung 4

**Mobiles Arbeit ist eine Entwicklung aus der Coronazeit, die in vielen Betrieben in Deutschland fortgeführt wird. Mitarbeiter schätzen darin gerade die Flexibilität und Einfachheit eigene und berufliche Bedürfnisse zu vereinbaren. Im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung am Arbeitsplatz müssen klare gesetzliche Regelungen und Bestimmungen, nicht nur für Home Office sondern auch für mobiles Arbeiten gelten, um zum einen Arbeitnehmer\*innen vor Selbstausbeutung zu schützen und zum anderen die positiven Seiten dieser Arbeitsform zu erhalten.**

- Eine wichtige Forderung ist hierbei die vollständige Aufzeichnung der Arbeitszeit ab der ersten Minute.
- Bei der Abgrenzung von Arbeit, Freizeit und Leben sowie dem Schutz der Arbeitnehmer\*innen gegenüber ungeregelten, flexiblen betrieblichen Ansprüchen hinsichtlich der Verfügbarkeit von Zeit und Raum müssen diese erweiterte gesetzliche Unterstützung erfahren. Es darf niemand zur Mobilen Arbeit gezwungen werden.
- Die Übernahme der technischen Ausstattung sowie die Übernahme von anfallenden Kosten (Arbeitsmaterial, Energie und Arbeitszimmer) durch den Arbeitgeber sollte, wie beim Home Office, auch für das mobile Arbeiten gesetzlich vorgeschrieben werden.

# Forderung 5

**Die große Unsicherheit und Ungewissheit in der Bevölkerung im Hinblick auf die Altersvorsorge und Altersversorgung macht die Notwendigkeit deutlich, endlich an die Ausarbeitung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Rentenlösung zu arbeiten. Hierbei sollen die vorhandenen Denkansätze der KAB berücksichtigt werden.**

- Das ursprüngliche Rentensystem der Umlagefinanzierung ist sicher. Es bedarf aber einer Reform bei den rentenfremden Leistungen, damit diese nicht mehr durch die Rentenkasse finanziert werden. Hier muss eine klare Trennung erfolgen und für diese Leistungen andere Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden. Hierdurch ist das Prinzip der umlagefinanzierten Altersrente zu stärken.
- Nach der Bestimmungen der Rentenhöhe ist die Frage zu klären ob die Rente auch für den Lebensunterhalt auskömmlich ist. Hier bedarf es flankierender Lösungen und dauerhafter Modelle für ein gutes Leben im Alter. Eine ständige Diskussion über eine mangelnde oder ausreichende Altersversorgung verunsichert die Bürger nur.
- Eine kapitalmarktbasierende Lösung, wie sie in die Rentendiskussion eingebracht wird, sollte keine alleinige oder wesentliche Lösung zu diesem Thema werden. Die Verwerfungen an den Kapitalmärkten in der Vergangenheit zeigen die Begründung überdeutlich. Wenngleich diese Lösung in angemessenem Umfang ein ergänzender Baustein sein kann.
- Die Betreuung von Kindern und die Pflege von Angehörigen verhindern, allermeist für Frauen, ein ausreichendes Einkommen zu generieren. Hier müssen politische Schritte gegangen werden um für diese wichtige gesellschaftliche Leistung aktuell und im Rentenalter einen ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern. Dies insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender personeller Probleme im Pflegebereich, durch den die häusliche Pflege immer mehr in den Fokus rückt.

# Forderung 6

**Die Politik muss durch ein nachhaltiges Denken und Handeln, sowie durch eine verständliche Kommunikation für sichere Rahmenbedingungen im Leben und Arbeiten der Menschen sorgen.**

Die unsichere Lebenssituation und die Veränderungshäufigkeit im privaten Lebensumfeld und im Arbeitsumfeld der Menschen sorgen für Misstrauen und Ängsten.

Die Inflation bei Gütern des täglichen Lebens, der Energie und der Wohnkosten trifft verstärkt die Menschen mit niedrigem Einkommen. Um diese im Ausgabebereich der Wohnkosten zu entlasten ist die stärkere Umsetzung einer sozialen Wohnbaupolitik erforderlich.